



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Wahlen in Niedersachsen und Hessen

Symposium der Fraktion zur Jugendgewalt

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht in der Woche vor den Wahlen voll hinter den wahlkämpfenden CDU-Landesverbänden in Niedersachsen und Hessen, damit diese ihren Erfolgskurs fortsetzen können. Nach jahrelangen rot-grünen Versäumnissen haben Roland Koch und Christian Wulff Hessen und Niedersachsen wieder auf den Weg des Erfolgs zurückgeführt. Das zeigen alle Daten: In beiden Ländern boomt die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit ist gesunken und die Kriminalität zurückgegangen.

Diese Erfolgsgeschichten müssen fortgesetzt werden. Roland Koch und Christian Wulff sind die Garanten dafür, dass es weiter aufwärts geht. Das weiß auch die SPD. Die persönlichen Angriffe auf unsere Ministerpräsidenten in den vergangenen Tagen und Wochen appellieren an die Gefühle der Menschen und verlassen die Sachauseinandersetzung. Die Wählerinnen und Wähler wissen genau, wer in den vergangenen Jahren durch entschlossenes Handeln ihre Probleme gelöst hat und wer nur durch weltfremde Rhetorik aufgefallen ist. Besonders deutlich wurde das in dieser Woche in der Diskussion über die Energiepolitik.

Die Gewaltkriminalität von Jugendlichen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Dies zeigt, dass Handlungsbedarf besteht. CDU und CSU weisen schon seit Jahren auf die zunehmende Gefährdung des öffentlichen Raumes durch kriminelle Jugendliche hin. In mehreren Bundesratsinitiativen haben wir deshalb vielfältige Verbesserungen zur Lösung des Problems, darunter auch Strafverschärfungen, vorgeschlagen, die aber alle an der SPD gescheitert

sind. Auch unseren Versuch, die Erweiterung der Instrumente im Koalitionsvertrag festzuschreiben, haben die Sozialdemokraten boykottiert. Anlässlich eines von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Montag in Berlin abgehaltenen Symposiums mit über 300 Teilnehmern hat sich die Union erneut mit dem Thema „Jugendgewalt“ befasst und mit Experten aus Jugendhilfe, Pädagogik, Wissenschaft und Justiz diskutiert. Von Fachleuten und Praktikern haben wir uns wichtige Eindrücke und Analysen schildern lassen, um das Problem noch besser angehen zu können. Die Aussagen der Experten haben uns in unserer Überzeugung von der hohen Wichtigkeit des Themas bestärkt.

Deutlich wurde auch, dass die Gewaltkriminalität jugendlicher Migranten tatsächlich eine besondere Herausforderung darstellt. Davor die Augen zu verschließen heißt, sich die Welt schönzureden, statt sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu kümmern. Ausdrücklich unterstützt haben die Experten auch unsere Vorschläge zur besseren Bekämpfung von Jugendgewalt. Neben der Prävention müssen wir vor allem die Möglichkeiten im Jugendstrafrecht verbessern. Für hilfreich hielten die Experten insbesondere die Einführung eines möglichen Warnschussarrests im Zusammenhang mit einer verhängten Bewährungsstrafe. Auch die generelle Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Gewalttätern zwischen 18 und 21 Jahren stieß auf Zustimmung. Straffällige ausländische Jugendliche sollten in schweren Fällen leichter abgeschoben werden. Das zeigt uns: Unsere Forderungen sind richtig. Wir werden unserem Koalitionspartner gegenüber auf ihre Umsetzung drängen.

Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht

Unter dem Motto „Kurs halten!“ stellte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos am Donnerstag im Deutschen Bundestag den Jahreswirtschaftsbericht vor. Dieser zeigt: Trotz Risiken sind wir auf einem guten Weg. Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr voraussichtlich um 1,7 Prozent wachsen. Auch der private Konsum dürfte um etwa 1,1 Prozent zunehmen. Die Rekordbeschäftigung und der ausgeglichene Haushalt zeigen, dass sich die Reformen der letzten Jahre auszahlen. Mit über 40 Millionen Erwerbstätigen wurde im Herbst 2007 ein historischer Höchststand erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen ging von jahresdurchschnittlich 4,9 Millionen im Jahre 2005 auf unter 3,8 Millionen im vergangenen Jahr zurück. Bei der Inflation gehen die Experten von einem baldigen Rückgang auf 2 Prozent aus. Auch auf dem Arbeitsmarkt wird die positive Entwicklung weitergehen: 330.000 Stellen werden aller Voraussicht nach neu entstehen. Damit wird die Arbeitslosigkeit im Jahresschnitt auf 8,2 Prozent nach 9 Prozent im Jahr 2007 sinken. Allerdings zeigen die momentanen Kursstürze an der Börse und die Abkühlung des Investitionsklimas auch die Gefahren.

Bundestagswahlkreise neu eingeteilt

Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung kam es in einigen Wahlkreisen zu starken Abweichungen bei der Anzahl der Wahlberechtigten. Bei der nun vollzogenen Wahlkreisneueinteilung verlieren Sachsen und Sachsen-Anhalt einen Wahlkreis, Baden-Württemberg und Niedersachsen erhalten jeweils einen zusätzlichen Wahlkreis. Gleichzeitig wurde das Wahlrecht wählerfreundlicher gestaltet. So erhalten im Ausland lebende Deutsche ein zeitlich unbeschränktes aktives Wahlrecht, wie es in anderen Ländern schon länger üblich ist. Zudem kann die Beantragung der Briefwahl künftig ohne Angabe von Gründen erfolgen.

Kreditverkäufe werden überprüft

In den letzten Monaten wurde in den Medien immer wieder über den Verkauf von Kreditverträgen, die insbesondere zur Immobilienfinanzierung abgeschlossen wurden, berichtet. Dabei wurden Einzelfälle dargestellt, bei denen der Käufer innerhalb kürzes-

ter Zeit den Vertrag kündigte und die Zwangsvollstreckung einleitete. Die betroffenen Kreditkunden verloren so ihr Haus und mussten gleichzeitig weiterhin die Restschuld tilgen. Dazu muss klargestellt werden, dass die Vollstreckung bei vertragsgemäßer Bedienung des Kredits nach bisherigem Recht nicht möglich ist. Gleichwohl wird zurzeit in Berlin geprüft, wie die Transparenz bei Kreditverkäufen erhöht und die Kreditnehmer besser vor plötzlichen Kreditverkäufen und Zwangsvollstreckungen geschützt werden können. Im Mittelpunkt der Diskussionen stehen dabei ein mögliches Sonderkündigungsrecht beim Verkauf des Kredits oder das Angebot spezieller Kredite, bei denen der Verkauf vertraglich ausgeschlossen ist.

Trainingsmaßnahmen verbessern die Chancen von Langzeitarbeitslosen

Die mit den Arbeitsmarktreformen eingeführten verpflichtenden Trainingsmaßnahmen für Leistungsempfänger nach SGB II erhöhen die Chancen dieses Personenkreises, wieder in Arbeit zu kommen. Deutliche Unterschiede zeigen sich dabei zwischen betrieblichen und nicht-betrieblichen Trainingsmaßnahmen: Während die Chance, in einem regulären Beschäftigungsverhältnis zu stehen, 20 Monate nach Absolvierung einer nicht-betrieblichen Maßnahme um drei Prozent höher lag als bei vergleichbaren Nichtteilnehmern, lag sie bei Besuch einer betrieblichen Maßnahme zwischen 13 und 19 Prozent höher.

Neuorganisation der Bundespolizei

Aufgrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage und der Situation nach der Schengenerweiterung ist die Reform der Bundespolizei dringend notwendig. Diese kann nun zum 1. März 2008 in Kraft treten. Die Reform bringt bei vergleichbarer Personalstärke deutliche Effizienzgewinne und mehr Sicherheit. 1000 Beamte werden aus Stabsfunktionen in den Dienst in der Fläche gebracht. Neben einer Stärkung der inneren Sicherheit berücksichtigt die Reform bei der Verlagerung von Standorten besonders auch die Interessen der Beschäftigten und beendet die Verunsicherungen der letzten Wochen. Die Reform wird so sozialverträglich wie möglich umgesetzt. 17.000 Dienstposten bis hinunter zur Besoldungsgruppe A 8 werden aufgewertet.